

Dieser Text erschien in:

*Philosophie in Aktion. Rassismus, Demokratie, Österreich*, hg. von Silvia Stoller, Elisabeth Nemeth und Gerhard Unterthurner, Wien: Turia und Kant, pp.150-155

Vom beredten Schweigen in Österreich und Europa. Und über Versuche, es zu brechen

Elisabeth Nemeth

Die Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen Partei und die internationalen Proteste dagegen haben in Österreich einen Schock ausgelöst. Plötzlich kann sich niemand mehr der Tatsache verschließen, dass die Sprache – vor allem die politische Sprache – Realitäten schafft. Eine politische Rede, die behauptet, die SS seien ehrenhafte Leute und die Beschäftigungspolitik der Nazis sei ordentlich gewesen, bringt eine politische Wirklichkeit hervor, die nicht so leicht aus der Welt geschafft werden kann – auch nicht von Entschuldigungen, selbst wenn sie ernst gemeint wären. Das grundlegende Missverständnis all derer, die verlangt haben, die Regierung solle an ihren Taten und nicht an Worten gemessen werden, kommt daher, dass sie einen entscheidenden Punkt nicht sehen wollen oder können: Es sind nicht Worte, sondern eine Entscheidung, eine Handlung, gegen die sich die Warnungen und Proteste im In- und Ausland gerichtet haben, nämlich die Entscheidung einer konservativen Partei, einer als rechtsradikal bekannten Partei zur Regierungsmacht zu verhelfen. Diese Entscheidung hat ein politisches Faktum geschaffen, für dessen Konstitution Worte allerdings eine entscheidende Rolle spielen: Die rassistischen Haltungen, die in den Flugblättern des Wahlkampfes dokumentiert sind, die bekannten Aussagen über SS und Beschäftigungspolitik des Parteiführers der FPÖ haben die ÖVP nicht davon abgehalten, diese Koalition einzugehen und damit dem freiheitlichen Diskurs eine vorher nicht da gewesene politische Legitimität zu verschaffen.

Seither beschäftigt viele Menschen in Österreich die Frage, wie es dazu kommen konnte, dass die Rhetorik der FPÖ hierzulande mit einem Prozentsatz an Wählerstimmen belohnt wurde, den rechtsradikale Parteien europaweit bisher nicht erreicht haben. Die Analyse dieses österreichischen Spezifikums muss sehr viel weiter zurückgehen als in die letzten 30 Jahre; seine Wurzeln reichen über die Zeit des Aufstiegs der rechtsradikalen Parteien im Europa der 70er Jahre bei weitem hinaus. Und in die lange Geschichte dieses Spezifikums waren nicht nur rechte und konservative Kräfte zutiefst verstrickt (Helmuth Vetter hat während der Aktionswoche über Aspekte des klerikalen Antisemitismus in der österreichischen Geschichte gesprochen), sondern auch das linke politische Lager. Dass die Sozialdemokraten vor kurzem eine Erklärung abgegeben haben, in der die Mittäterschaft von Mitgliedern ihrer Partei an Naziverbrechen bedauert wird, macht deutlich, dass das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer Analyse und Offenlegung dieser Geschichte wächst. Dass aber auch diese Erklärung bei allem guten Willen dazu neigt, die entscheidenden Punkte eher zu übergehen als zu benennen, hat der Soziologe Christian Fleck in einem ebenso knappen wie inhaltsreichen Kommentar deutlich gemacht (*Der Standard*, 13. April 2000). Diese Erklärung übergehe nämlich “mit beredtem Schweigen die historische Sünde der Sozialdemokratie: den Antisemitismus” – und Fleck weist darauf hin, dass diese von einem ihrer großen Repräsentanten, nämlich von Otto Bauer, bereits 1938 hellsichtig und klar analysiert worden ist. Nach 1945 dagegen habe die Sozialdemokratie ein Resultat der Nazidiktatur letztlich gebilligt, nämlich “dass die Juden keine Konkurrenten in Führungspositionen mehr waren”. Die SP-Führung habe “ganz gezielt auf der einen Seite die vertriebenen jüdischen Intellektuellen an der Rückkehr gehindert” und dabei teils auf einen demagogischen Antiintellektualismus, teils auf die Ablehnung der als angeblich dem Kommunismus nahe stehenden “Linken” gesetzt. Auf der anderen Seite habe sie “Leute, die ihre Willfährigkeit gegenüber Mächtigen schon einmal demonstriert hatten, eingeladen, ein Stück weit des Weges mit ihr zu gehen”. Dabei war nicht “die schrittweise Wiedereingliederung der Ehemaligen” als solche fatal. Aber “sie nie zu nötigen, sich mit ihrer

Vergangenheit auseinander zu setzen, sondern ihnen soziale Anerkennung, beruflichen Einfluss und gute Verdienstmöglichkeiten geradezu aufzudrängen, war folgenreich. Solcherart wurde es nämlich sogar jenen Ehemaligen, die – was ja vorgekommen sein soll – ihrer alten Ideologie ernsthaft entsagen wollten, unmöglich gemacht, sich von den Unverbesserlichen und Opportunisten zu unterscheiden.”

Ich habe Christian Fleck hier ausführlicher zu Wort kommen lassen, weil sich sein Kommentar wohltuend von vielen anderen der letzten Monate und Jahre unterscheidet, in denen österreichische Intellektuelle die politische Entwicklung in Österreich zum Thema machten. Eine unbeirrbar historische Fragestellung wie die seine trägt unendlich viel mehr zu einer realistischen Sicht der Verhältnisse bei, die für dieses Land heute charakteristisch sind, als die Versuche, den Aufstieg der FPÖ als “Normalisierung” eines in Sozialpartnerschaft und großer Koalition erstarrten Landes zu begreifen. Eine lebendige Demokratie wird auch in Österreich nicht ohne Trauerarbeit und die Wiederaneignung bereits erreichter, aber verdrängter Einsichten (wie etwa der Otto Bauers) zu haben sein. Wer sich diese Arbeit sparen will, läuft höchste Gefahr, der Rhetorik, mit der Parteien wie die Freiheitliche die Realität verfälschen und verschleiern, nur weitere Schlagworte zu liefern. Ich sehe Christian Flecks Kommentar als Beispiel dafür, in welcher Weise österreichische Intellektuelle an einer klareren Sicht der politischen Situation dieses Landes arbeiten und mit ihren Mitteln zur Durchsetzung eines öffentlichen Diskurses, der diese Bezeichnung wirklich verdient, beitragen können. Nur wenn es gelingt, diejenigen Züge des Rechtsradikalismus zu benennen, die ihren Ursprung in der spezifischen Geschichte dieses Landes haben, wird es auch möglich sein, die über Österreich hinausgehenden Aspekte des Rechtsradikalismus wahrzunehmen.

Am 9. März 2000 hat ein anderer Soziologe einen Gastvortrag an der Universität Wien gehalten. Unter dem Titel “The Racist Albatross: Social Science, Jörg Haider, and *Widerstand*” hat Immanuel Wallerstein die These vertreten, die Europäische Union habe sich im Fall der Regierungsbeteiligung der FPÖ deshalb so eindeutig verhalten, weil hier ein Tabu gebrochen worden sei, das für das Selbstverständnis Europas nach 1945 konstitutiv gewesen sei. Die eindeutige Verurteilung der nationalsozialistischen Politik und des Antisemitismus war die *conditio sine qua non* für alle, die als legitime Spieler im Feld europäischer Politik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts anerkannt werden wollten. Und die Einhaltung genau dieser Grundregel habe die Europäische Union von Österreich eingefordert. Diese Forderung sei zwar, so Wallerstein, ohne Einschränkung berechtigt, dies sollte aber nicht davon ablenken, dass Europa selbst (bzw. die “paneuropäische Welt”: Westeuropa, Nordamerika und Australasien) den tief reichenden Rassismus, der für die westliche Kultur seit vielen Jahrhunderten charakteristisch ist, auch unter Einhaltung der seit 1945 geltenden Grundregel aufrechterhalten und von 1989 in neuer Gestalt hervorgebracht hat. Nach Wallerstein bestand das große Problem der Europäer 1945 darin, dass der europäische Rassismus unter dem Regime der Nationalsozialisten gleichsam aus dem Ruder gelaufen ist. Nicht die antisemitische Politik selbst habe die Empörung hervorgerufen, sondern die Tatsache, dass diese auf die Vernichtung der Juden – die “Endlösung” – gerichtet war. Damit war aber nicht nur eine Grenze überschritten, die von jedem noch so minimalistisch gefassten humanistischen Standpunkt aus gezogen werden muss. Es war auch eine Grenze überschritten, die eingehalten werden muss, wenn der Rassismus die Funktionen erfüllen soll, die er seit Jahrhunderten erfüllt: Nicht auf die Vernichtung, sondern auf die Unterdrückung und Ausbeutung der als minderwertig betrachteten Völker zielt rassistische Politik ab. Die Sanktionen der EU gegen die ÖVP-FPÖ-Regierung fordern den seit 1945 gültigen paneuropäischen Konsens ein, verschweigen aber notwendigerweise den Rassismus, der auch der aktuellen europäischen Politik gegenüber dem Osten und Süden zugrunde liegt.

Mir scheint, dass die Perspektive, die Wallerstein in seinem Vortrag entwickelt hat, in der innerösterreichischen Diskussion viel stärker berücksichtigt werden müsste, als dies bisher geschehen ist. Wenn es – wie ja immer wieder betont wird – tatsächlich nicht nur um ein österreichisches, sondern um ein europäisches Problem geht, dann sollten wir vom Fallbeispiel Österreich möglichst schnell und möglichst viel für Europa insgesamt zu lernen versuchen. Könnte es nicht sein, dass die Politik auf gesamteuropäischer Ebene eine ganz ähnliche Logik ins Werk

setzt wie die, die den Aufstieg der FPÖ in Österreich jahrelang als unaufhaltbar erscheinen ließ – in Wirklichkeit aber diesen Aufstieg beträchtlich befördert haben dürfte? Wer Zweifel daran hegt, dass die Schengen-Politik an den Grenzen der EU in der Realität Wirkungen hervorbringt, die die menschenverachtenden Parolen von rechtsextremen Demagogen einlösen und sie de facto vielleicht sogar überbieten, der sei auf einen Bericht von Jeremy Harding verwiesen, der in der *London Review of Books* vom 3. Februar 2000 erschienen ist. Dieser Bericht hat keine einfachen Lösungen anzubieten, sondern versucht, Fragen nach der Flüchtlings- und Migrationspolitik der reichen Länder neu zu stellen. Jedenfalls aber liefert er instruktive Belege dafür, dass sich die europäischen Staaten als sehr handlungsfähig erweisen, wenn es darum geht, Menschen, die “nicht eingeladen” sind (der Bericht trägt den Titel “The Uninvited”), draußen zu halten. Diese Handlungsfähigkeit beweisen die europäischen Staaten freilich zunehmend nicht nur gegen “die da draußen”, sondern auch gegen all diejenigen “hier drinnen”, denen der entfesselte “Marktkapitalismus als ,the only game in town” (Žižek) jeglichen Zugang zum gesellschaftlichen Reichtum verwehrt; in Frankreich nennt man sie “les exclus”. Dass der Graben zwischen ihnen und “den anderen” immer größer wird, weiß wohl auch der “sozialistische Premierminister, der gesagt hat, man müsse sich nicht ,mit jedem Elend der Welt beschäftigen” (Bourdieu).

Zumindest eines sollte man, so scheint mir, von der österreichischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte für ganz Europa lernen: dass eine Politik, die sich verbal nach rechts abgrenzt, gleichzeitig aber einen unumschränkten Neoliberalismus als alternativelos akzeptiert, die Sache der äußersten Rechten in viel raffinierterer und wirksamerer Weise vorantreibt, als es jene “Kitschfiguren” könnten, deren Namensnennung wir – wenn wir einem Rat Bourdieus folgen wollen – am besten einem Boykott unterwerfen sollten.

Was die Aufgabe von Wissenschaft und Philosophie angesichts der internationalen politischen Entwicklung betrifft, meine ich, dass viele an einem ererbten, anachronistischen Wissenschaftsbegriff laborieren. Dieser legt nicht zuletzt denen, die sich der linken Theorietradition verpflichtet fühlen, nahe, unter wissenschaftlicher Erkenntnis die rationale Rekonstruktion eines an sich bestehenden, notwendigen Zusammenhangs zu verstehen. Diese Konzeption von Wissen und Erkenntnis, die in den Naturwissenschaften schon längst nicht mehr als die einzig mögliche gilt, feiert dort fröhliche Urständ, wo uns erklärt wird, dass die ökonomische Rationalität des Marktes eine Notwendigkeit vorschreibt, vor der die Politik ihre Waffen zu strecken habe. In Wirklichkeit ist diese Sicht der Beziehungen zwischen Politik, Gesellschaft und Ökonomie ebenso simplifizierend und demagogisch wie die der rechten Populisten. Die Aufgabe von Wissenschaft und Philosophie dagegen wäre es, deutlich zu machen, dass die Einsicht in Abhängigkeiten der Erscheinungen voneinander (in der Natur ebenso wie in der Gesellschaft) immer auch Handlungsspielräume eröffnet. Sie führt uns vor Augen, wie es zu der Welt, in der wir heute leben, gekommen ist und dass der Weg, der uns in die Gegenwart geführt hat, keineswegs alternativelos war. Der wissenschaftliche Blick auf die gesellschaftliche Welt kann uns lehren, dass die Wirklichkeit, wie wir sie kennen, in vielfältiger Weise auch von individuellen und gesellschaftlichen Entscheidungen bestimmt und daher in der Gegenwart und für die Zukunft gestaltbar ist.